

# Der Piesberger Bergbau von seinen Anfängen bis zur Jetztzeit.

Von

Bergdirektor Temme.

---

## Früheste Periode.

Das Vorkommen von Steinkohlen am Piesberge muss sehr frühzeitig bekannt gewesen sein, denn schon seit Jahrhunderten fanden die Steinkohlen von dort technische Verwendung beim Betriebe der der Stadt Osnabrück gehörigen Kalköfen.

Vor dem Jahre 1568 scheint auch das Osnabrücker Domkapitel für eigene Rechnung und zum eigenen Bedarf Kalk gebrannt zu haben, wenigstens kann dies aus dem Rezesse, welcher im Jahre 1568 zwischen dem Domkapitel und dem Rat der Stadt Osnabrück abgeschlossen wurde, gefolgert werden.

Durch diesen Rezess wird das dem Domkapitel gehörige Edinghäuser Feld (das Terrain in der Umgebung der jetzigen Musenburg) mit den dortigen Kalköfen und Steinkohlen umgetauscht gegen das der Stadt Osnabrück gehörige Kolonat Pohlkotte in Hellern, und der Stadt das Recht eingeräumt, im Piesberge allein Kohlen brechen zu lassen. In den späteren Jahrhunderten findet man stets Kalköfen, Steinkohlen und den Kohlberg am Piesberge zusammen genannt, und eine Notiz aus dem Jahre 1730 lässt erkennen, dass den Kohlen nur in Verbindung mit den Kalköfen ein Wert beigemessen wurde. Sie lautet:

„Es ist eine nicht geringe dieser Stadt glückselich- und gerechtigkeit der Kohlenbruch in den sogenannten Pieseberge, für welche wohlthat wir dem Höchsten billig zu danken schuldig, massen ohne dessen ausbeute, dieser Stadt public und privatgebeute Schlecht oder wenigstens nicht ohne die grosseste Kosten im Stande unterhalten werden würden, indem mit solchen Kohlen aller Kalk, so allhier nöthig gebrand und für ein Leidliches der Bürgerschaft verkaufft wird. Je wichtiger und nützlicher dieser Kohlenbruch nun dieser Stadt ist, desto mehr Bürgermeister und Raht uhrsache hat, auf die conversation desselben Berges und Kohlenbruches Bedacht zu sein.“

Vor dem Jahre 1568 haben jedenfalls sowohl Domkapitel als Rat für ihren Kalkofenbetrieb Kohlen vom Piesberge bezogen, die dort auf den Markengründen von Pye und Lechtingen von markberechtigten Bewohnern dieser Gemeinden am Ausgehenden der Flötze gegraben und nach den bei Osnabrück belegenen Kalköfen angefahren wurden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass bei der Gewinnung der Kohlen Streitigkeiten zwischen den Markberechtigten vorgekommen sind, und dass zur Vermeidung dieser das Domkapitel den eigenen Kalkofenbetrieb aufgegeben und das Edinghäuser Feld mit seinen Kalköfen und Steinkuhlen dem Rat von Osnabrück gegen das Kolonat Pohlkotte vertauscht hat.

Von einem Bergwerks-Eigentum ist in dem Rezesse noch keine Rede, es handelt sich nur um eine Verständigung, die auf vorgekommene Streitigkeiten unter den Kohlengräbern schliessen lässt. Möglich ist auch, dass, nachdem die Kohlen am Ausgehenden weggenommen waren, die Notwendigkeit herantrat, zur ferneren Gewinnung der Kohlen mit grösserem Geldaufwande verknüpfte Schacht-Anlagen (Pütten) zu machen, für welche die Mittel der Markberechtigten nicht ausreichten und welche herzugeben das Domkapitel anstand nahm, während der Rat zu Osnabrück dazu bereit war.

Jedenfalls ist die Aufwendung von Mitteln für die Bergwerks-Anlagen die wesentliche Grundlage für die

Berggerechtsamkeit, die im Laufe der Jahrhunderte von der Stadt Osnabrück ausgeübt, aber erst in neuester Zeit durch staatliche Verleihung mit den geltenden Berggesetzen in Uebereinstimmung gebracht wurde.

Ausser den Mitteln für neue Pütten gab dann später die Stadt Osnabrück noch den Kohlbrechern die bergmännischen Geräte und vergütete ihnen die notwendige Beleuchtung.

Die von altersher bis auf die neueste Zeit bestandene Annahme, dass das Domkapitel und der Rat der Stadt Osnabrück als Inhaber der Holz-Grafschaft in der Gemeinde Pye auch Besitzer der Berg-Regalität gewesen seien, und dass durch den erwähnten Rezess die Berg-Regalität auf die Stadt Osnabrück allein übertragen sei, ist jedenfalls eine irrige; denn um das Jahr 1568 war der Begriff der Berg-Regalität schon sehr ausgebildet und der Bischof und Fürst von Osnabrück würde als Territorial-Herr entschieden Protest eingelegt haben, wenn solche Absichten bestanden haben sollten. Die Kohlen waren damals dem Regale noch nicht unterworfen, man betrachtete sie wie Steine, Thon oder Lehm, die jeder noch heute auf seinem Grund gewinnen kann, während in der Mark jeder Markgenosse dazu berechtigt war. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts waren in dieser Beziehung die Ansichten schon andere geworden; denn unter dem 7. Juni 1675 erteilte Fürstbischof Ernst August seinem Günstlinge, dem Herrn von Platen, damals Besitzer der Güter Gartlage und Nette, als Regalitäts-Inhaber das Recht, für seine Kalk- und Ziegelöfen in der Lechtinger und den angrenzenden Marken Kohlen stechen und graben zu lassen.

Da gütliche Verhandlungen mit Herrn von Platen, von dem ihm verliehenen Privilegium keinen Gebrauch zu machen, nicht zum Ziele führten, so entschloss sich der Rat zu einem ausführlichen Proteste bei dem Fürstbischof gegen diesen Eingriff in die Rechte der Stadt, der sich bei den Akten befindet, aber wahrscheinlich nicht insinuiert ist, weil man die Macht von Ernst August

fürchtete und weil von Platen wahrscheinlich seine erfolglosen Schürfarbeiten wieder hatte liegen lassen. Zu Anfang der letzten 60er Jahre ist dann noch einmal der Versuch gemacht, in der Nähe des Piesbergs auf Grund von Schürfarbeiten Bergwerks-Eigentum zu erwerben, wo die Ausdehnung der Regalität auf Steinkohlen nicht mehr bestritten wurde. Die Stadt fand den Schürfer für seine zweifelhaften Ansprüche ab und leitete nun ihrerseits Verhandlungen wegen Feststellung ihrer Berggerechsamkeit ein. Durch Vergleichsurkunde vom 5. Januar 1864 wurden die Grenzen des Piesberger Grubenfeldes festgestellt, in welchem die Stadt kraft althergebrachten Rechtes, ohne zur Steuerzahlung verpflichtet zu sein, den Bergwerksbetrieb führen konnte. Die Konzessions-Urkunde vom 5. Januar 1864 weist im Anschluss an das so festgestellte Grubenfeld der Stadt noch ein weiteres Feld im Wege der Verleihung als Ausfluss der Berg-Regalität der hannoverschen Regierung zu, und unterm 18. April 1867 werden diese Felder noch durch die preussische Regierung erweitert und eine Gesamt-Verleihungs-Urkunde über sämtliche Felder ausgefertigt.

Kehren wir nach dieser Abschweifung auf die Entwicklung der bergrechtlichen Verhältnisse des Piesberger Bergwerks wieder auf den Bergwerksbetrieb in den früheren Zeiten zurück. Derselbe muss ein sehr geringfügiger gewesen sein.

Aus einer Notiz aus dem Jahre 1645 geht Nachstehendes hervor: 1645 ist laut Rechnung an Kalk verkauft  
281 Thlr. — Gr. 6 Pfg.

#### Ausgabe.

Dem Meister und Kohlenbrechern auf Pieseberge wegen ihres Lohnes und zu Lichte in allen dieses Jahr wie auch de anno 1640 entrichtet . . . . .	142	„	20	„	—	„
Dem Kalkmeister und seinen Ge- hülfen für Kalk zu brennen	97	„	3	„	4	„
Vor Kohlen zu fahren, weil						



man in diesem Jahre keine Beyhülfe vom Lande dazu ge- habt ausserhalb wenig be- nachbarte Kirchspiele, so dazu erbeten worden, dieses Jahr gezahlt . . . . .	120	Thlr.	11	Gr.	3	Pfg.
Dem Vassbinder M. Wolf zu Bühren für Ringel und Drogen in Behuf des Piesberges und Kalköfen . . . . .	7	„	10	„	—	„
Vor Kalksteine zu brechen . .	65	„	7	„	—	„
Noch Joh. Senken für viertheil Landes, worin die Kalksteine verfolget und gebrochen . .	11	„	—	„	—	„
<hr/>						
444 Thlr. 10 Gr. 7 Pfg.						

(genau nach der Notiz.)

Man ersieht daraus, wie geringfügig der Kalkabsatz war, wie schwach der Betrieb am Piesberge sein musste und welcher Schaden der Stadt aus dem Betriebe entstand.

### Verpachtung der Kohlengewinnung.

Dass bei dieser Sachlage der Rat der Stadt Osnabrück auf den Gedanken kam, den Betrieb der Kalköfen, der Steinkuhlen und des Kohlbergs lieber ändern zu überlassen, denen die Wahrnehmung geschäftlicher Vorteile eher möglich war, als ihm, ist leicht erklärlich. Vom Jahre 1647 ab wurden daher die Kalköfen mit Zubehör immer von 4 auf 4 Jahre verheuert, d. h. verpachtet. Die Heuer betrug pro Woche während der Brennzeit mehrere Karren Kalk, in den letzten Jahren der Verpachtung wurde noch ein Geldbetrag bis zu 20 Rthlr. pr. Jahr stipuliert für Benutzung der Geräte. Die Verpachtung dauerte bis zum Jahre 1730, und mit geringer Ausnahme waren meist Angehörige der Familie Pagenstecher Pächter. Vom Jahre 1675 liegt ein Winnzettel vor, in dem als Pächter Saatkamp genannt wird, sonst lauten die in den Akten vorhandenen Winnzettel auf

den Namen Pagenstecher. Ob ununterbrochen, beziehungsweise in welchem Umfange und mit welchem Erfolge die Kalköfen betrieben wurden, geht aus den überlieferten Nachrichten nicht hervor.

Im letzten Jahrzehnt der Verpachtung klagten die Pächter sehr, dass der Kohlenbruch nicht mehr ergiebig, die Gewinnung der Kohlen sehr schwierig und kostspielig sei, wohl vorzugsweise aus dem Grunde, weil beim Rate die Neigung vorhanden war, bei jedem neuen Pachttermine die Pacht in die Höhe zu schrauben. Andererseits wurden Beschuldigungen laut, dass der Pächter Pagenstecher die Kohlenbrüche in sehr unwirtschaftlicher Weise ausbeute und dabei mehr sein eigenes Interesse als das Interesse des städtischen Eigentums im Auge habe. Dadurch wurde der Rat veranlasst, zu Anfange des Jahres 1727 die Kohlenbaue einer sachverständigen Beurteilung zu unterziehen, und er wählte zu diesem Zwecke den Bergdirektor der Borgloher Werke, Huiskin, einen Belgier von Geburt, und einen Ingenieur-Kapitän Treu aus, welcher auch in Bergwerks-Angelegenheiten Verständnis haben sollte. Die Untersuchung stellte zunächst einmal klar, dass der Bergbau nicht so betrieben worden war, wie er hätte betrieben werden sollen, und dass jedenfalls etwas geschehen müsste, wenn man von der Kohlengrube einen dauernden Ertrag erzielen wollte.

Die abfällige Kritik des vorgefundenen Baues scheint den Pächter Pagenstecher veranlasst zu haben, gegen die Vorschläge der Sachverständigen, den Bauen durch einen Stollen die notwendige tiefere Lösung zu schaffen, mit allen Mitteln zu intrigieren, was ihm freilich vorläufig nichts nützte, da sich der Rat der Stadt Osnabrück doch entschloss, eine Stollen-Anlage zu machen; aber der Fortgang dieser bergmännischen Baue lässt erkennen, dass die Pagenstechersche Agitation doch nicht ohne Wirkung blieb. Dann waren auch die beiden Sachverständigen Huiskin und Treu verschiedener Ansicht. Der erstere wollte die möglichst tiefe Lösung des Kohlenflötzes, während der letztere einen um 7 Ltr. höher an-

zusetzenden Stollen vorschlug, um möglichst schnell zum Flötze zu kommen. Huiskins Plan, der sehr vollständig motiviert ist, und der auch die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins tieferer Flötze andeutet, wurde vom Rate adoptiert. Huiskin übernahm auch die Leitung der Stollenarbeiten von Borgloh aus und liess aus seiner Heimat Lüttich 4 Bergleute kommen, welche mit der Sprengarbeit mittelst Pulver im festen Gestein umzugehen wussten, da nur mit Hülfe dieser das feste Gestein, welches über dem Flötze lag, durchbrochen werden konnte. (In einem älteren Stollen, der hinter dem Kolonate Gr. Kohlbrecher liegt, hat man kein Pulver zur Anwendung gebracht, weil man seine Verwendung nicht kannte, sondern versucht, denselben mit Schlägel und Eisen zu treiben. Ihm ist der Name das Pinkloch zuteil geworden, das, ohne sein Ziel erreicht zu haben, wieder aufgegeben wurde. Pinkloch ist der aktenmässige Name, wahrscheinlich mit Bezug auf die schwierige Schlägel- und Eisenarbeit, während er auch sonst wohl irrig der Pinkhol-Stollen genannt wird.)

Am 30. Juni 1727 wurde unter besonderer Feierlichkeit im Beisein des Rats und vieler aus der Bürgerschaft der Anfang zum Stollen durch Auswerfen der Stollenrösche gemacht. Der Stollen erhielt später den Namen Lücker-Stollen, von den Lütticher (im Plattdeutschen „*Lücker*“) Bergleuten, die ihn betrieben.

Doch der Fortschritt der Stollenarbeiten war nicht der erwartete schnelle, man verlor bald die Geduld und schreckte vor den bedeutenden, durch sie veranlassten Ausgaben zurück. Ausserdem machte sich im Rate der Einfluss des Pächters Pagenstecher und des mit seinem Projekte nicht berücksichtigten Kapitäns Treu geltend, die Huiskins Stellung möglichst zu erschweren suchten. Schon im April des Jahres 1728 forderte man Huiskin zur Verantwortung vor den Rat, machte ihm Vorwürfe wegen der bedeutenden Kosten, die der Stollen verursachte, bezweifelte seinen Erfolg, kurz, verbitterte ihm seine Stellung als Betriebsführer der Arbeiten so, dass

er es vorzog, sich gar nicht mehr um den Piesberg zu bekümmern. Als bald darauf die Schmiede am Lücker-Stollen abbrannte, entfernten sich auch die Lütticher Bergleute, und der Stollenbetrieb ruhte.

Im Mai 1728 tritt dann Kapitän Treu wieder mit seinem Projekte eines Stollens hervor, der 7 Ltr. höher, das Flötz schneller erreichen würde und er bietet sich, auch Bergleute für Herstellung desselben zu engagieren. Der Rat geht auf sein Anerbieten ein, die Bergleute Mauersberg und Derell vom Harze beginnen den Stollen, der später nach Mauersberg, dessen Name im Plattdeutschen in Mosberg umgeändert ist, Mosberger Stollen genannt wurde.

### **Betrieb für Rechnung der Stadt.**

#### **Unter Mauersberg.**

Zu Anfang des Jahres 1730 ist der Stollen wieder eingestellt, wahrscheinlich aus keinem anderen Grunde, als dass es gelungen war, am Berge durch eine neue Pütte wieder ein Stück Flötz aufzuschliessen, und dass man glaubte, die schweren Kosten des Stollens sparen zu können.

Das Pachtverhältnis mit Pagenstecher wurde übrigens nach Ablauf des Jahres 1730 nicht wieder erneuert, vielmehr der Betrieb der Kalköfen für Rechnung der Lohnkasse geführt.

Mauersberg erinnert im Jahre 1735 noch einmal an Wiederaufnahme des Stollens, dessen Durchbringung bis aufs Flötz dringend notwendig sei, und sucht den Vorwurf zu entkräften, dass er nur deshalb darauf dringe, um nicht Arbeit und Verdienst zu verlieren, wenn keine Kohlen gehauen würden. Der Stollen wurde dann auch wieder aufgenommen und im Jahre 1740 zum Durchschlage gebracht. Mauersberg ging vor Beendigung des Stollens nach Borgloh, leitete aber von dort auch noch einige Zeit die Arbeiten.

Jetzt hatte man wieder Kohlen und der Rat der

Stadt Osnabrück glaubte aller Sorge für die Zukunft des Piesberger Bergwerks enthoben zu sein. Die Kohlen-gewinnung und Abfuhr wurde dem Kohlbrecher am Piesberge übertragen und die Kalkbrennerei für Rechnung der Stadt unter Leitung des Lohnherrn betrieben.

#### Unter Wohlgemuth.

Der Bergbau scheint in dieser Periode sehr viel zu wünschen übrig gelassen zu haben; denn als im Jahre 1765 die Mansfelder Bergleute Wohlgemuth und Huck für den Bergwerksbetrieb engagiert waren, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil es mit dem Kohlbrecher'schen Betriebe absolut nicht mehr ging, machte Wohlgemuth sofort auf den bedenklichen Zustand des Bergwerks aufmerksam und wies auf die Notwendigkeit hin, für die Sicherstellung der Zukunft des Bergbaues durch tiefere Lösung und weitere Ausrichtung des Flötzes Sorge zu tragen.

Der Rat der Stadt Osnabrück holte infolge dessen wieder das Gutachten von Sachverständigen ein. Der Berg-Inspektor Schrader von Borgloh empfahl im Jahre 1765 die Wiederaufnahme des 7 Ltr. tiefer als der Mosberger gelegenen Lücker Stollens und machte ausserdem darauf aufmerksam, dass Kohlenflötze selten einzeln, sondern meist in grösserer Zahl auftreten und dass es deshalb zweckmässig und wahrscheinlich Erfolg versprechend sein würde, das Liegende des Flötzes durch ein Bohrloch zu untersuchen. Der Markscheider Terheyden von Borgloh, im Jahre 1766 um seine Ansicht befragt, empfiehlt ebenfalls Wiederaufnahme des tiefern Lücker Stollens; trotz der übereinstimmenden Gutachten wird dennoch nichts gethan, um die Zukunft des Bergbaues sicher zu stellen. Wohlgemuth hält Nachlese in dem von Kohlbrecher geführten Bau über die Mosberger Stollensohle und muss wohl noch sehr viel vorgefunden haben, sonst hätte er nicht bis zum Jahre 1795 Kohlen für den Kalkbrennereibetrieb schaffen können. Ausserdem muss der Bedarf ein sehr geringer gewesen sein. Vom

Jahre 1780 ab scheint jedoch Not eingetreten zu sein, aber anstatt nach dem Vorschlage des damaligen Berg-Inspectors (dem Ratsmitgliede, dem die Beaufsichtigung des Piesberger Bergbaues übertragen war) in Gemässheit der früheren Gutachten von Schrader und Terheyden mit Wiederaufnahme des Lücker Stollens vorzugehen, hielt man die nochmalige Einholung von Gutachten von Sachverständigen für notwendig. Der zur Begutachtung aufgeforderte Regierungsbeamte Obergeschworene Weichsel und ein anderer Harzer Bergbeamte Demuth, welche gerade auf einer amtlichen Inspektionsreise in Osnabrück anwesend waren, empfahlen wiederum die schleunigste Wiederaufnahme des Lücker Stollens, da aus den Bauen über der Mosberger Stollensohle nicht mehr viel zu gewinnen sei. Mit schwachen Kräften wurde dann der Stollenbetrieb wieder aufgenommen.

Aus dem Jahre 1783 findet sich ein Bericht (zufolge erhaltenen Auftrags) von einem gewissen Reinhold, einem Magister der Mathematik, in den Akten, der als Sammler von Naturalien den Piesberg kennen gelernt hat und seine ganze Weisheit Büchern verdankt, auf die er nicht unterlässt, in seinem Berichte hinzuweisen, um sein Licht leuchten zu lassen. Er hält dafür, dass über dem alten Stollen noch Kohlen in Menge anstehen und ehe man den Betrieb des Lücker Stollens weiter fortsetze, müsse man sich sorgfältig überzeugen, ob die entlaufenen „*Lücker woler*“ (Lütticher Wallonen) den Stollen nicht sehr unordentlich betrieben hätten. Da er von Bergwerkstechnik und Haushalt nichts versteht, wünscht er die Beschaffung der Bergwerkskunde von Cancrinus für die Ratsbibliothek, welchem Wunsche auch Folge gegeben wurde.

Man scheint aber doch ernstlich die Absicht gehabt zu haben, mit der Stollenaufwältigung weiter voranzugehen, hatte aber grosse Bedenken wegen der Kosten und der dabei vorkommenden beschwerlichen Arbeiten, und ein Ratsmitglied gab seinem Bedenken Ausdruck und empfahl die Anlage eines Pumpwerks mit Windmühlenbetrieb. Der Künstler dieses Projekts ist wiederum der

bereits oben erwähnte Magister Reinhold. Das scheint aber dem Berg-Inspektor zu stark, und er protestiert unter Hinweis auf die vielen vorliegenden Gutachten der Bergverständigen, die sämtlich einen Stollen empfehlen, und fordert schleunigen Weiterbetrieb des Stollens. Im Jahre 1787 ist denn auch der Stollen noch im Betriebe gewesen; denn der Berg-Inspektor teilt in diesem Jahre mit, dass der Herzoglich Braunschw.-Lüneb. Kammerrat von Florencourt, ein grosser Bergverständiger, den Piesberg und den neuen Stollenbetrieb besichtigt und einige befolgenswerte Ratschläge wegen desselben gegeben habe. Im Jahre 1792 tritt ein Wechsel in der Person des Berg-Inspektors ein und von da ab scheint etwas mehr Ordnung in die Verhältnisse zu kommen, und namentlich die Wahl eines ständigen bergtechnischen Beirats in der Person des Salzschreibers Rausch zu Rothenfelde, der früher am Harze Markscheider gewesen war, scheint eine sehr glückliche gewesen zu sein. Die Gutachten dieses Mannes über den Piesberger Bergbau mit seinen vortrefflichen Ratschlägen, die auch für die Jetztzeit noch Wert haben, müssen jedem Bergtechniker Vergnügen und Belehrung bereiten.

Nachdem vom Jahre 1730 ab der Piesberger Bergbau trotz der vielen eingeholten und auch sehr verständigen Gutachten nicht von der Stelle gerückt war, sondern von jedem Sachverständigen als ein Raubbau in des Wortes verwegenster Bedeutung bezeichnet werden musste, gewinnt ein Mann auf die Gestaltung der Bergwerksverhältnisse am Piesberge Einfluss, der, ausgestattet mit tüchtigen Kenntnissen, gewissenhaft die Lage der Verhältnisse prüft und genau weiss, was er erreichen will, was er erreichen kann. Mit der grössten Gewissenhaftigkeit, die verbunden ist mit der grössten Bescheidenheit, die nichts überstürzen will, geht er bei seinen Vorschlägen und bei seinen Dispositionen zu Werke.

In seinem Berichte vom 30. November 1792 giebt Rausch zunächst eine klare Darstellung des Bergbaubetriebes zu dieser Zeit, er beurteilt die von dem Auf-

seher Wohlgemuth getroffenen Dispositionen in günstigster Weise und geht dann auf die Übelstände über, an denen der Piesberger Bergwerksbetrieb krankt. Er tadelt den langsamen Betrieb des Lücker Stollens, der durch die häufigen Unterbrechungen der Arbeit zu einem Teile, zum andern Teile aber durch mangelnde Uebung der Arbeiter und durch ungenügende, nicht zweckentsprechende Gerätschaften und Werkzeuge herbeigeführt sei. Dann empfiehlt er, an Stelle der Tagelohns-Arbeit Accordarbeit einzuführen, und giebt Ratschläge, wie am zweckmässigsten bei Einführung dieser vorzugehen ist. Im weiteren empfiehlt er die Kontrolle der Förderung, an der es bis dahin vollständig gemangelt hat, und schlägt vor, die Bergleute nicht nur für das richtige Mass, sondern auch für die Reinheit der Kohlen von Schiefern verantwortlich zu machen. Um eine Kontrolle des Bergbaues durch den Berg-Inspektor zu ermöglichen, hält er die Einführung von wöchentlichen Anzeigen durch den Aufseher für notwendig und fügt den Entwurf zu einem solchen Rapporte bei. Ebenso hält er eine Trennung der Kalk- von der Kohlenrechnung geboten, da man bei der derzeitigen Rechnungsaufstellung nicht wisse, was der Berg und was die Kalköfen bringen.

Im Jahre 1794 erreicht der Lücker Stollen das Flötz, und das Bestreben von Rausch geht nun dahin, den Abbau des Flötzes in einer rationellen Weise einzurichten. Dasselbe scheint aber häufig durchkreuzt zu sein, da er in seinen letzten Berichten beklagt, dass das Feld zwischen den Lücker und Mosberger Stollen nicht allein durch ein Ort, sondern durch eine Menge Neben- und Querörter durchhauen sei, und dass man, Notwendigkeit vorschützend, die Zukunft des Bergbaues wieder gefährde, indem man die vorhandenen Mittel verhaue, ohne auf die Aus- und Vorrichtung neuer Bedacht zu nehmen. Er hält die Anlage eines neuen, tieferen Stollens für notwendig, da auf der Lücker Stollensohle die Ausrichtung des verworfenen Flötztheils nicht geglückt sei und bei dem stetig zunehmenden Absatz leicht ein Mangel an Kohlen



eintreten könne, da alle von ihm vorgeschlagenen Mittel, etwaigen Kohlenmangel zu beseitigen, nichts dazu beitragen, die Zukunft des Bergbaus zu sichern, was immer vorzugsweise im Auge behalten werden müsse. Sein letzter Bericht, den er über das Piesberger Bergwerk erstattet, datiert vom 6. Juni 1799 und enthält wenig Tröstliches über die Lage und Zukunft des Bergbaues. Da um diese Zeit Rausch als Salinen-Inspektor nach Sulbeck ging und dort bald von einem frühen Tode ereilt wurde, so hörte seine, dem Piesberger Bergwerk sehr erspriesslich gewesene Thätigkeit auf, was um so mehr zu bedauern, als gerade dieser Zeitpunkt ein besonders kritischer für das Bergwerk war, die Stadt Osnabrück einen sachverständigen Beirat nicht entbehren konnte, und ein gleiches Interesse für den Piesberger Bergbau, bei gleicher Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit, wie es Rausch besass, bei einem anderen Bergtechniker so leicht nicht wieder anzutreffen war.

Die technische Verwaltung hatte durch Rausch' Einfluss eine entschieden solidere Gestalt bekommen. Den Aufseher Wohlgemuth, dem man auf seinen dringenden Wunsch und auf Rausch' Befürwortung den Titel eines Bergmeisters gegeben, hielt Rausch für einen ganz brauchbaren Menschen und er mag auch als praktischer Bergmann ganz tüchtig gewesen sein. Man hatte ihn durch den Magister Hollenberg in den gewöhnlichen Markscheiderarbeiten unterrichten lassen und er konnte ein Bild von den Grubenbauen zu Papiere bringen, was für den geringen Umfang des Betriebes wohl genügen mochte. Durch die Wochenberichte war eine Kontrolle der Arbeitsleistungen und des Material-Verbrauchs wie des Kohlenverkaufs ermöglicht, die Rechnungsführung war eine genauere geworden, die Einführung der Gedingarbeit an Stelle der Tagelohnarbeit hatte die Arbeitsleistung erhöht, nur die weiteren Ausrichtungen und die notwendig tiefere Lösung des Flötzes waren der wunde Punkt des Piesberger Bergbaues, bei dem man nicht von der Stelle kommen konnte. Um Kohlen zu schaffen, musste man

die Baue unwirtschaftlich betreiben und sich helfen, wie es eben gehen wollte. Daneben wurde Wohlgemuth alt, und was seine Rechtlichkeit anlangt, so war dieselbe nicht über allem Zweifel erhaben, was aus den Streitigkeiten mit seinem Sohne zur Genüge hervorgeht, den man ihm von 1801 ab als Gehülfen zur Seite gesetzt hatte. Der Sohn war jedenfalls ein schlechtes Subjekt, aber auch der alte Wohlgemuth scheint gemeinschaftlich mit seinem Schwiegersohne, dem Kohlenmesser Sprehe, sein Schäfchen ins Trockene gebracht zu haben.

Der finanzielle Ertrag des Piesberger Bergwerks stellt sich in den Jahren 1792 und 1793 auf 581 und 785 Thlr. und scheint sich auch in den folgenden Jahren annähernd auf dieser Höhe gehalten zu haben. Dabei wird bemerkt, dass um das Jahr 1768 durch den Ratsherrn Ameldung die Feuerung der Stubenöfen mit Piesberger Kohlen eingeführt wurde. Im Jahre 1800 war die Benutzung der Piesberger Kohle zu diesem Zwecke aber noch sehr geringfügig, gewann aber von da ab immer mehr und mehr an Ausdehnung.

Auch der Rat der Stadt Osnabrück war sich in Bezug auf die Verwaltung des Bergwerks seiner schwierigen Stellung bewusst und bethätigte dies durch die Bildung einer Bergwerks-Kommission aus zweien seiner Mitglieder, dem Bürgermeister Stüve und dem Sekretär Struckmann, welche mit grossem Eifer und Fleiss an die Bewältigung der ihnen gestellten Aufgabe, das Piesberger Bergwerk der Stadt als Einnahmequelle zu erhalten, und immer ertragfähiger zu machen, herantraten. Sie suchten sich zunächst über die technischen Verhältnisse des Berges noch unter Führung Rausch' und dann in Begleitung des Bergmeisters Wohlgemuth zu orientieren, sammelten alle über das Piesberger Bergwerk vorhandenen Nachrichten, stellten diese in einem umfangreichen Berichte zusammen und legten in demselben Vorschläge für den weiteren Betrieb des Piesberger Bergwerks nieder.

Im Jahre 1800 ging man ernstlich mit dem Gedanken um, dem Vorschlage Rausch' gemäss, mit einem tiefen

Stollen von der Hase her das Flötz am Nordflügel zu lösen, (die sattelförmige Lage der Piesberger Flötze und den südlichen Abfall des Flötzes Johannisstein kannte man derzeit noch nicht) und gab dem alten Bergmeister Wohlgemuth in seinem Sohne einen Gehülfen, um mit den Arbeiten besser vorankommen zu können, da Wohlgemuth sen. nahezu bergfertig war. Die Bergwerks-Kommission besuchte das Ibbenbürener Bergwerk zu ihrer Information und veranlasste Sachverständige zur Abgabe ihrer Gutachten über den Piesberger Bergbau, so den Obergeschworenen Müser von Ibbenbüren und den Vice-Berghauptmann von Reden aus Clausthal.

Bei alledem kam man aber mit dem Stollen nicht weiter; es wurde nur schätzbares Material für die Akten geliefert, über das hin und her debattiert und conferiert wurde. Dazu kommen die politischen Ereignisse, welche Osnabrück zuerst auf kurze Zeit an Preussen, dann zum Königreich Westfalen, dann zu Frankreich und endlich nach dem Friedensschlusse 1815 an Hannover brachten. Im Jahre 1805 beginnen ausserdem die so unerquicklichen Streitigkeiten zwischen den Bergmeistern Wohlgemuth sen. und jun., welche nicht verfehlen konnten, einen nachtheiligen Einfluss auf den Piesberger Bergwerksbetrieb auszuüben. — Aber trotz aller dieser ungünstigen Zeitverhältnisse und Zustände datiert doch die Konsolidierung des Piesberger Bergbaues aus dieser Zeit.

Der Umstand, dass sich zuerst die preussische, dann die westfälische Regierung auf das Eingehendste um den Bergbau und alle in Betracht kommenden Verhältnisse bekümmerte und den Zustand des Bergwerks durch einen Regierungsbeamten einer eingehenden Prüfung unterziehen liess, ist von grossem Einfluss auf die weitere Entwicklung des Piesberger Bergbaues gewesen. Der Berginspektor Fröhlich von Obernkirchen, seitens der westfälischen Regierung mit Begutachtung des Piesberger Bergbaues beauftragt, that dies in eingehendster Weise, machte praktisch durchführbare Vorschläge, stellte einen wesentlich höheren Einnahme-Etat auf, als man früher

anzunehmen gewagt hatte und, was die Hauptsache war, verschaffte der Stadt an Stelle des altersschwachen Wohlgemuth sen. und seines händelsüchtigen Sohnes (der entlassen wurde, während man seinen Vater pensionierte) einen tüchtigen Betriebsführer in der Person des Obersteigers, Herold von der Zeche Böhlorst bei Minden. Infolge der Fröhlichschen Vorschläge gab man das so vielfach ventilerte Stollenprojekt auf und suchte neue Flötzteile auszurichten, was auch im Laufe der Jahre durch Ausrichtung des Sattelfeldes des Flötzes Johannisstein vom besten Erfolg gekrönt war.

### Unter Herold.

Herolds Auftreten, der im Jahre 1809 die Geschäfte übernahm, namentlich den Anfeindungen der beiden Wohlgemuth gegenüber, ist in dieser Zeit ein musterhaftes, die Ordnung, welche er im Betriebe einführt, macht sich sofort in den Erträgen bemerkbar, und auch die durch die Zerwürfnisse der beiden Wohlgemuth auf das äusserste zerrütteten Arbeiter-Verhältnisse bekommen eine andere Gestaltung. Seine Quartalsberichte und seine Lohns-Anschnitte sind übersichtlich zusammengestellt und gewähren ein gutes Bild von den Betriebs- und Haushalts-Ergebnissen des Bergbaues. Die Einnahme aus dem Betriebe stellte sich in den Jahren 1810—1815 mindestens auf rund 4000 Thlr., und höchstens auf rund 7000 Thlr., so dass daraus ersichtlich, welchen Einfluss die Heroldsche Betriebsführung auf die Ertragsfähigkeit des Berges gehabt hat, die früher niemals 1000 Thlr. überschritten hat, häufig aber unter 500 Thlr. blieb.

Vom Jahre 1815 ab, nachdem Osnabrück an Hannover gekommen war, hört die Einwirkung der Regierungsbehörde auf den Piesberger Bergbau auf, und Berichte von Herold werden nicht mehr erstattet. Die Entwicklung des Bergbaues lässt sich nur nach den Anschnitten verfolgen. Der Bergbaubetrieb fand in der Zeit bis 1830 wesentlich auf dem Sattelfelde des Flötzes „Johannisstein“ statt, und

verschiedene Schächte werden auf der Höhe des Berges zum Zwecke der Kohlegewinnung niedergebracht. Die Gewinnungskosten stellten sich incl. des Gehalts des Bergmeisters auf 25—26 Pfg. pr. Ringel.

Die Löhne der Bergleute pro 8stündige Schicht waren 6 bis 8 ggr. Die Leistung pro 8stündige Hauerschicht betrug etwa 8 Ringel. Der Ueberschuss hat sich immer zwischen 5 und höchstens 7000 Thlr. gehalten.

Seitens des Magistrats hat man sich auch anscheinend wenig um den Berg bekümmert und ist mit den gelieferten Erträgen zufrieden gewesen. Die Akten enthalten in dieser Zeit wenig über den Betrieb.

Als jedoch im Jahre 1827 Herold mit dem schon zu Anfang des Jahrhunderts projektierten tiefen Stollen von der Hase her begonnen hatte, ohne die Genehmigung hierzu besonders vom Magistrate einzuholen, wurde er ob dieses eigenmächtigen Beginns zur Rede gestellt. Eine von ihm erteilte unpassende Antwort erregte grossen Zorn und veranlasste die Einholung eines Gutachtens von dem späteren Oberbergrat Jugler in Hannover, der sich aber den Ansichten Herolds vollständig anschloss, denselben als einen tüchtigen und umsichtigen Mann bezeichnet, der verbittert sei, weil er glaube, dass man seine Thätigkeit im Interesse der Stadt nicht gehörig gewürdigt habe. Er giebt anheim, die schon früher empfohlenen Versuche der Erschürfung tieferer Flötze, die wahrscheinlich vorhanden sein würden, aufzunehmen. Würden diese von Erfolg gekrönt, so könne das Stollenprojekt noch vertagt werden, andernfalls sei die Ausführung des Stollens in der von Herold beabsichtigten Weise das Empfehlenswerteste.

Ausserdem macht Jugler auf die notwendige Anstellung eines Untersteigers aufmerksam, da bei den beabsichtigten Arbeiten und Ausführungen die Bewältigung der sämtlichen Arbeiten für einen Menschen zu viel werden würde.

## Vom Eintritt Pagenstechers bis zum Bau der Piesberger Zweigbahn.

Dem Vorschlage Juglers folgegebend wurden noch unter Herolds Leitung am Ostabhange des Piesberges Versuchsarbeiten nach tieferen Flötzen ausgeführt, die auch den Erfolg hatten, dass durch zwei Schürfschächte zwei Flötze von 21 Zoll Mächtigkeit nachgewiesen wurden, von denen das eine nördliches, das andere südliches Einfallen zeigte. Ausserdem erreichte man durch den zunächst als Versuchsstollen getriebenen Lechtinger Oberstollen zu Anfang des Jahres 1830 das Flötz Dreibänke und darauf das Flötz Mittel. Durch diese neuen Aufschlüsse gewann der Piesberger Bergbau eine gesicherte Zukunft und der Magistrat gab, dadurch ermutigt, dem weiteren Vorschlage Juglers Gehör, dem bereits alternden Bergmeister Herold einen Gehülfen zu geben. Man wählte dazu auf Juglers Empfehlung den Bergeleven Pagenstecher, der soeben seine Studien auf der Clausthaler Bergakademie beendet hatte und sich am Deister zur Anfertigung seiner schriftlichen Examenarbeit über die dortige Kohlenablagerung und zur praktischen Arbeit aufhielt.

Der Bergmeister Herold schien über die ihm zugeheilte Hülfe nicht gerade erfreut zu sein, denn er hielt den jungen Pagenstecher möglichst fern vom Betriebe und überliess ihm nur die Markscheiderarbeiten und die Beaufsichtigung des Lechtinger Oberstollens.

Nachdem Pagenstecher sich auf den Essen-Werdenschen Steinkohlengruben in Westfalen und in Ibbenbüren von den dort geführten Betrieben Kenntniss verschafft und veranlasst hatte, dass vier junge Piesberger Bergleute zur praktischen Erlernung der Kohlenhauerarbeiten nach dem Essen-Werdenschen geschickt waren, suchte er die gesammelten Erfahrungen unter Verwendung der im Kohlenbergbau praktisch ausgebildeten Bergleute für den Piesberger Bergbau praktisch nutzbar zu machen, stiess dabei aber auf den heftigsten Widerstand Herolds, der

von allen diesen Neuerungen nichts wissen wollte. Das Verhältnis des Bergmeisters Herold und des inzwischen definitiv als Steiger angestellten Pagenstecher verschlechterte sich infolge dessen derart, dass ein erspriessliches Zusammenwirken beider ferner nicht möglich erschien, so dass die Bergwerks-Kommission sich genötigt sah, das Bergwerk in ein westliches Revier (Flötz Johannisstein Sattelfeld über der Lücker Stollensohle) und ein östliches Revier (Flötz Dreibänke und Mittel über der Lechtinger Oberstollensohle) zu teilen. Den Betrieb des westlichen Reviers leitete der Bergmeister Herold, den des östlichen der zum Obersteiger ernannte Pagenstecher. Während der Betrieb des östlichen Reviers immer an Bedeutung zunahm, wurde der des westlichen immer geringer und konnte bei dem im Jahre 1833 erfolgten Tode des Bergmeisters Herold ganz eingestellt werden. Nach Herolds Tode wurde Pagenstecher zum Berggeschworenen und 1848 zum Bergmeister ernannt.

In dem nun folgenden Zeitraum fällt die mit Herolds Eintritt begonnene aber darauf wieder ins Stocken geratene weitere Konsolidierung der Verwaltung und des Betriebes des Piesberger Bergwerks. Pagenstecher unterzog sich mit Eifer und Erfolg der Einrichtung des Grubenbetriebes unter Benützung der in Westfalen gesammelten Erfahrungen, suchte die Bergleute unter Assistenz der in Westfalen praktisch angelernten zu tüchtigen Kohlenhauern heranzubilden, bemühte sich denselben Korpsgeist einzuhauchen und erreichte dies vorzugsweise durch Reorganisation und Förderung der Knappschaftseinrichtungen, durch Uniformierung der Knappschaft, durch Bildung eines Bergmusikcorps, durch Einrichtung einer Bergschule (Fortbildungsschule) und durch mancherlei, die sozialen Zustände der Bergleute bessernde persönliche Einwirkungen.

Allein alle seine Bemühungen würden vergeblich gewesen sein, wenn nicht in den städtischen Behörden noch andere Kräfte mitgewirkt hätten, die der Bergwerks-Verwaltung eine rege Teilnahme bei anerkanntem wertem

Verständnis während einer langen Reihe von Jahren zuwandten. Männer, wie der Bürgermeister Stüve, Syndikus Pagenstecher, Senator Gosling sind die hervorragendsten unter denen, welche in dieser Periode für die Hebung des Piesberger Bergbaues viel gethan haben und ihre Namen werden immer genannt werden, wenn von dem städtischen Bergwerke am Piesberge die Rede ist.

Nachdem aus dem Lechtinger Oberstollen eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Förderung entnommen war, wurde im Jahre 1850 der Lechtinger Tiefstollen 20 Meter saiger unter dem Oberstollen begonnen und im Jahre 1852 zum Durchschlag mit Flötz Dreibänke gebracht.

Von dem Lechtinger Tiefstollen aus wurden Flötz Mittel, Flötz Dreibänke und das im Jahre 1836 im Schacht Nr. 7 am Ostabhange des Piesberges aufgefundene Flötz Zweibänke gebaut. Flötz Johannisstein war durch den Mosberger und den Lücker Stollen (ersterer 6 Meter über, letzterer 10 Meter unter der Lechtinger Tiefstollensohle) schon abgebaut.

Das Verdienst Pagenstechers ist es, bald nach seinem Eintritt in den Dienst der Stadt Osnabrück auf die sattelförmige Lagerung der Flötze aufmerksam gemacht und den Bau sowohl im Lechtinger Ober- wie Tiefstollen dieser Lagerung entsprechend eingerichtet zu haben.

Der Abbau der verschiedenen Flötze erfolgte meist durch streichenden Pfeilerbau. Bei der flachen Lagerung des Sattelfeldes ist auch diagonaler Pfeilerbau zur Anwendung gekommen.

Versuchsweise eingeführter Strebebau hat sich bei der infolge der Absatz-Verhältnisse während der Sommermonate unterbrochenen Kohlengewinnung als unzureichend, beziehungsweise undurchführbar herausgestellt.

Die durchschnittliche Hauerleistung pro Schicht hat sich in dieser Periode wenig über 10 Ringel =  $12\frac{1}{2}$  Ctr. erhoben. Der Verdienst der Bergleute stand auf 10 bis  $12\frac{1}{2}$  Groschen pro Schicht und ist bei der Gedingearbeit wohl nur ausnahmsweise auf 15 Groschen gekommen. Die Gewinnungskosten stellten sich im Durchschnitt der



Jahre 1841/51 auf 21,45 Pfg. pro 100 Ringel im Jahre 1853 auf 25,39 Pfg. pro Ringel.

Zu diesen Kosten treten noch die Generalkosten d. h. die Kosten, welche nicht in der Bergwerksrechnung, sondern in der Kämmererechnung enthalten sind (Beamtengehalte, allgemeine Ausgaben). Sie werden bei der Förderung in den vierziger Jahren zu etwa 6 Pfg. pro Ringel angegeben.

Die Holzpreise waren für Eichenstammholz in starken Stämmen in dieser Periode billiger (30 Mark pro Festmeter gegen 50 Mark jetzt). Buchenstammholz war dagegen zu dieser Zeit etwa doppelt so teuer wie jetzt. Die schwachen Stempelhölzer sind jetzt nur wenig teurer, wie damals. Eisen hatte derzeit den doppelten Preis, wie jetzt.

Für die Entwicklung des Debits ist die mit 1833 beginnende Periode von hervorragender Bedeutung gewesen. Während im Jahre 1833 50 891 Ringel abgesetzt wurden, hatte sich der Absatz im Jahre 1853 auf 369 767 Ringel gehoben, er war also innerhalb 20 Jahren mehr als siebenmal so gross geworden. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass diese Debits-Vermehrung lediglich durch Vermehrung des Landabsatzes innerhalb der nächsten Umgebung Osnabrücks erzielt worden ist, weil der Eisenbahnabsatz erst mit dem Jahre 1857 beginnen konnte.

Veranlasst ist diese starke Steigerung allerdings mit durch den Umstand, dass bis zu Anfang der dreissiger Jahre Piesberger Kohlen lediglich an Bürger der Stadt Osnabrück abgegeben wurden; aber den Bemühungen der Bergwerksverwaltung, den Piesberger Kohlen nicht bloss zu Zwecken des Hausbrandes, sondern auch für industrielle Verwendungen in den auf Landwegen zu erreichenden Bezirken Eingang zu verschaffen, fällt doch ein gutes Teil des Erfolges zu. In diese Zeit fällt die Ausdehnung des Absatzes von Gruskohle für Kalkbrennereizwecke, die vorzugsweise den durch Pagenstecher verbesserten Kalkofeneinrichtungen und dem verbesserten

Kalkofenbetrieb zugeschrieben werden muss. Der von ihm selbst angelegte Kalkofen, aus der sich dann später die Cementfabrik am Piesberge entwickelt hat, gab ihm die notwendige Gelegenheit, Versuche zu machen und Verbesserungen einzuführen.

Der Kohlenfall nach verschiedenen Sorten und der Preis der einzelnen Sorten variierte zwar innerhalb gewisser Grenzen, doch waren beide in dem ganzen Zeitraum ziemlich stabil.

Im Rechnungsjahre 1840/41 wurden abgesetzt:

70 624	Ringel	Stücken (mit der Hand ausgesetzt),
66 459	„	Brocken (Förderkohle),
14 396	„	Grus (Fördergrus),
3 879	„	Rostbrocken,
10 396	„	Rostgrus,

---

165 754 Ringel.

Der erzielte Preis war für dieses Absatzquantum 32 137 Thlr. 13 Ggr. oder der Durchschnittspreis für ein Ringel 4 Ggr.  $7\frac{3}{4}$  Pfg., was nach jetzigem Gelde pro Centner einem Preise von 44 bis 45 Pfg. entsprechen würde.

Der Überschuss aus dem Piesberger Bergwerksbetriebe hat sich während dieser ganzen Zeit auf annähernd 20 000 Thlr., in guten Jahren einige Tausend Thaler mehr, in schlechten einige Tausend Thaler weniger, gestellt.

#### Vom Bau der Zweigbahn bis zum Beginn des Tiefbaues. (1853—1868.)

Zu Anfang der fünfziger Jahre begannen die Vorarbeiten für den Bau der Hannoverschen Westbahn. Anfangs sollte dieselbe von Osnabrück über Bramsche, die Linie der jetzigen Oldenburger Bahn verfolgend, nach Lingen und weiter nach Emden gebaut werden. Spätere Verhandlungen mit Preussen änderten die Linie und gaben der Bahn, im Anschluss an die Cöln-Mindener Bahn bei Löhne, die Richtung Löhne-Osnabrück-Rheine,

von wo aus die Bahn weiter nach Lingen, Meppen, Papenburg, Emden geführt wurde.

Bei dem ersten Bahnprojekt wurde seitens der hannoverschen Bahnverwaltung der möglichst leichte Bahnanschluss an den Piesberg, von dem die Zuführung von Massentransporten erwartet werden konnte, ins Auge gefasst, bei dem zweiten Projekt wurde mehr auf die für den Bahnbau günstigste Linie und auf den durchgehenden Verkehr Rücksicht genommen, auch die Lage des Bahnhofes in Osnabrück anders bestimmt, so dass ein Bahnanschluss an den Piesberg mit Schwierigkeiten und grossen Kosten verknüpft gewesen wäre.

Die Verhandlungen über die Bahnfrage machten Erörterungen darüber notwendig: „Welche Vorteile und Nachteile wird das Piesberger Bergwerk aus einem Bahnanschluss haben“, und diese führten zu dem Resultate, dass ein solcher unter allen Umständen erstrebt werden müsse, nicht allein im Interesse des Piesberges, um dessen Entwicklungsfähigkeit nicht zu hemmen, sondern auch im Interesse der Stadtkasse und der am Piesberge beschäftigten Arbeiter, da sonst das vom Preussischen Fiskus ausgebeutete Ibbenbürener Steinkohlenbergwerk in Osnabrück dem Piesberge eine sehr bedeutende Konkurrenz gemacht haben würde. Alle Hebel wurden seitens des Magistrats in Bewegung gesetzt, um den Bahnhof an der zuerst in Aussicht genommenen Stelle zu erhalten, damit die Bahn möglichst nahe an den Piesberg herangeführt werden konnte. Die Bemühungen waren auch insofern von Erfolg, als die Wünsche der Stadt Gehör fanden, aber unter Auferlegung von Bedingungen, deren Erfüllung mit bedeutenden Geldopfern für die Stadtkasse verknüpft waren. Diese Bedingungen waren: Anlage einer Brücke in Osnabrück über die Hase am Neumarkte und von dort aus Anlage einer neuen Strasse nach dem projektierten Bahnhofs (Bahnhofsstrasse). Sodann: Bau einer für Massentransporte eingerichteten Zweigbahn vom Piesberge nach der Hauptbahn auf Kosten der Stadt.

Für einen Bahnanschluss eignete sich der damals noch im Bau begriffene Lechtinger Tiefstollen nicht, man musste eine tiefere Stollenanlage auf der Südwestseite des Piesberges in möglichster Nähe der zu erbauenden Hauptbahn in Aussicht nehmen und erwachsen der Stadt dadurch weitere bedeutende Kosten. Für den Magistrat lag die Frage nahe, ob man für die Stadt vom Piesberge einen so nachhaltigen Ertrag erwarten könne, um bedeutende Kosten auf Neuanlagen zu verwenden, deren Verzinsung und Amortisation immerhin zweifelhaft erschien. Das eingeholte Gutachten des Bergmeisters Hartleben vom Osterwalde (1852) sprach sich in diesem Sinne günstig aus und man beschloss die Anlage der Zweigbahn für Rechnung der Stadt und die Anlage des Hasestollens, wodurch der Betrieb und die Verwaltung des Piesberger Bergwerks wesentlich umfangreicher, das Risiko für die Stadt in betreff des Bergbaubetriebes ein wesentlich grösseres wurde. Die Verhandlungen wegen Beschaffung der Mittel für die durch den Bau der Zweigbahn, die Anlage des Hasestollens, die Brücke am Neumarkte und die neue Strassenanlage zum Bahnhofe verursachten Kosten, gaben dem Magistrate zu einer eingehenden und gewissenhaften Prüfung Veranlassung, ob man für alle diese Anlagen, deren Kosten mit ppr. 100 000 Thlr. veranschlagt wurden, eine Anleihe für das Bergwerk machen dürfe, ohne dadurch den Haushalt der Stadt in Unordnung zu bringen, oder ob man mit der Verzinsung und Amortisation der Anleihe durch Auferlegung einer Steuer (eine Mietssteuer oder Inquilinensteuer wurde vorgeschlagen) die Bürgerschaft belasten müsse.

Die Anschauungen des Bürgermeisters Stüve waren abweichend von denen der Majorität im Magistrate und verdienen wohl besonders erwähnt zu werden, weil bei gegenwärtiger Lage des Bergwerks denselben die Berechtigung nicht abgesprochen werden kann.

Nachdem er eine Berechnung über die Zeit aufgestellt hat, innerhalb welcher aus den voraussichtlichen Mehrerträgen des Bergwerks die Zinsen und die Amortisation

der eventuell aufzunehmenden Schuld gedeckt werden könnten, fährt er fort:

„Schwerlich wird man aber der Verwaltung so lange Zeit lassen, wenigstens im gegenwärtigen Augenblicke verlangt man alles auf einmal, dieses ebenso unsinnige und gedankenlose als ungestüme Drängen muss vor allem beseitigt werden und dazu giebt es kein anderes Mittel als die Forderung:

dass keine Anleihe gemacht werde, ehe nicht Zins und Tilgung von der Bürgerschaft gedeckt sind.

Es würde dann etwa folgendes System befolgt werden müssen:

1. Bei jeder Anleihe zahlt die Bürgerschaft den Zins.
2. Die Tilgung soll von den Überschüssen des Bergwerks über die zum Haushalte zu verwendenden 20 000 Thlr. kommen.
3. Es wird nötigenfalls ein Maximum für den Abbau bestimmt.
4. Sowie ein Betrag abgetragen ist, welcher 1000 Thlr. Zins bringt, soll der Bürgerschaft ein entsprechender Teil der Auflage erlassen werden.“

Diese Vorschläge veranlassten energischen Widerspruch und in Entgegnung eines solchen spricht sich der Bürgermeister Stüve wie folgt aus:

Wer die Stollenanlage mit einer Zins tragenden Kapital-Anlage vergleicht, der irrt. Die Kultur eines Grundstückes, die Aufführung eines Gebäudes, die Anlage einer Fabrik, ist — wenigstens in der Absicht des Unternehmers — eine zinstragende Anlage, die im günstigen Falle für ewige Dauer ihre Rente trägt. Die Ausrichtung eines Bergbaues aber schafft keine ewige Rente, sondern macht nur ein totes Kapital flüssig. Die Rente kann nur erfolgen, wenn dieses Kapital rentbar angelegt wird, nicht aber, wenn man es auf nicht fruchtbringende Weise verzehrt.

Die Gegenpartei stützte ihre Rechnung vorzugsweise auf die getrennte Rechnungsführung des Lechtinger und

Hasestollenbetriebes, welcher erstere eine voraussichtlich höhere Ausbeute versprach, wogegen man vom letzteren sich ein klares Bild noch nicht machen konnte.

Bürgermeister Stüve tritt dieser beabsichtigten Trennung mit den Worten entgegen:

„Es ist ganz unpraktisch, noch ferner eine Trennung des Lechtinger- und Hase-Stollendebits eintreten zu lassen. Diese Idee habe ich wohl vor zwei Jahren, als die ganze Sache noch nicht klar war, ausgesprochen, sie ist aber einer besseren Einsicht umsomehr längst gewichen, als

zu einer solchen Trennung weder im Debit noch im Innern des Bergwerks sich irgend welcher Grund findet.

Die ganze Rechnung beruht auf einer imaginären Vermehrung der Förderung auf dem Hasestollen.“

Das Resultat der Verhandlungen war, dass man sich über einen bestimmten Finanzplan in betreff des Piesberges einigte, wonach in Zukunft als Ertrag vom Piesberge die Summe von 20 000 Thlr. an die Kämmererkasse abgeführt werden sollte. Das sich etwa ergebende Mehr sollte durch Aufforstung von Ödflächen nutzbar angelegt werden, damit in einer Zeit, wo die Erträge des Piesberges nachliessen, der Stadt aus den Forsten ein Ersatz für die Einnahmen aus dem Piesberge geschaffen würde. Die Aufforstung der der Stadt aus der Pyer Markenteilung am Piesberge zugefallenen Grundstücke, die Aufforstung des angekauften Lechtinger Markenteils des Piesberges und der Ankauf von Ödflächen in Hollage und deren Aufforstung waren die Folge der damaligen, im Interesse einer weisen, die Zukunft berücksichtigenden Finanzverwaltung gewiss sehr berechtigten Beschlüsse der städtischen Behörden. Als der Beginn der Tiefbauarbeiten näher heranrückte, hat man den über 20 000 Thlr. sich ergebenden Mehrertrag des Piesberges als Tiefbaufonds angesammelt und hat Abstand genommen, weitere Ödflächen aufzuforsten.

Die Verzinsung und Amortisation der bei Anlage der

Zweigbahn und des Hasestollens gemachten Schulden fiel dem Bergwerke zur Last und war in dieser Beziehung Bürgermeister Stüve nicht mit seinen Ansichten durchgedrungen. Die Tilgung der Stollen- und Zweigbahnschuld erfolgte unter Zugrundlegung des Absatzes, der ersteren nach Massgabe des derzeit noch über der Stollensohle anstehenden Kohlenquantums, der letzteren nach Massgabe eines über die Bahn gehenden Gesamt-Absatzes von 100 Millionen Ringel.

Mit der Anlage der Piesberger Zweigbahn und des Hasestollens erweiterte sich der Betrieb und die Verwaltung des Bergwerks wesentlich, da bei der in Aussicht genommenen Vermehrung der Förderung auch für Wohnungsgelegenheit der heranzuziehenden Bergleute gesorgt werden musste. Da auf andere Weise dem Wohnungsbedürfnisse der Bergleute nicht genügt werden konnte, so musste man, dabei den Vorschlägen des Bergmeisters Hartleben folgend, zur Anlage von Kolonien schreiten. Terrain für solche wurde in der Nassenheide, (nördlich des Piesberges in der Bauerschaft Hollage) und in der Eversheide auf Stadtgebiet erworben und mit dem Bau von Arbeiterhäusern vorgegangen. Gleichzeitig nahm man in Aussicht, am Piesberge einen Steinbruch zur Gewinnung von Pflastersteinen anzulegen, wodurch Gelegenheit gegeben wurde, den Koloniewohnern während der beschäftigungslosen Sommerzeit Arbeit und Verdienst zu geben.

An neuen Beamten wurden in den Jahren 1853, 54, 55 engagiert und nach vorangegangener Probezeit auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung angestellt:

Der Obersteiger Schäfer als Betriebsführer und für die Ausführung der Markscheiderarbeiten.

Der Bahnverwalter Wilkening für die Verwaltung der Piesberger Zweigbahn und für den Kohlenabsatz nach aussen durch Vermittelung der Bahn. Der Betrieb auf der Zweigbahn wurde auf Grund eines Vertrages von der Hannoverschen Eisenbahnverwaltung geführt. Das Personal der Zweigbahn wurde von der Stadt

besoldet und die Bahn von der Stadt unterhalten, die Lokomotiven und das Wagenmaterial stellte die Bahn. Zur Deckung der Kosten der Zweigbahn-Verwaltung konnte die Stadt ein Bahngeld im Wege provisionsfreier Nachnahme erheben.

Der Bauführer Stucke für die Bauten, die Betriebsführung des Steinbruchs und für die Verwaltung der Kolonien (Stucke starb im Jahre 1876 und an seine Stelle trat der Bauführer Schmidt).

Die Bergwerksrechnung wurde am Berge aufgestellt und waren derzeit schon der jetzige Rendant Lange und Buchhalter Mooz beschäftigt. Die Kassengeschäfte mit den Lohnungen und die Ablegung der Bergwerksrechnung besorgte die Kämmereikasse der Stadt. Die Zweigbahnrechnung führte Wilkening, die der Steinbrüche Stucke. Der Hasestollen wurde im Jahre 1853 begonnen und mit vier Gegenörtern (vom Mundloche aus, vom Lichtschachte neben dem Fürstenauer Wege mit zwei Örtern und von einem Niederhauen im Flötz Johannisstein von der Lückerstollensohle aus) im Jahre 1856 zum Durchschlag gebracht.

Der Hasestollen liegt saiger unter

der Lücker Stollensohle . . . .	21,12 m
„ Lechtinger Tiefstollensohle . . . .	30,73 „
„ Mosberger Stollensohle . . . .	36,49 „
„ Lechtinger Oberstollensohle . . . .	50,00 „

Von der Hasestollensohle sind sämtliche Flötze, deren Sattelbiegung über dieselbe hinausreicht, aufgeschlossen, d. h. Flötz Johannisstein, Flötz Mittel, Flötz Dreibänke und Flötz Zweibänke. Die Aufschliessung des letzteren Flötzes erfolgte erst nach 1872, sowohl auf der Nord- als auf der Südseite des Piesberger Sattels. In den Abbauverhältnissen ist während dieser Periode eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Die Löhne sind dagegen langsam gestiegen, mit ihnen aber auch die Leistungen, so dass eine Mehrbelastung des Bergwerks nicht eingetreten ist.



Der Absatz stieg von Jahr zu Jahr und betrug im Jahre 1867/68, in welchem man mit den Tiefbauarbeiten begann,

am Hasestollen . . . .	611 344 Ringel,
„ Lechtingerstollen . .	389 869 „

zusammen 1001 213 Ringel

und zeigt gegen das Jahr 1853/54, dem Beginn dieser Periode, mit 415 330 Ringel Absatz, eine Zunahme von 686 883 Ringel, d. h. ist auf das zweieinhalbfache gestiegen.

Die Geldausgaben stellten sich im Rechnungsjahre 1867/68 pro Ringel

im Lechtingerstollen auf . .	27,123 Pfg.,
„ Hasestollen auf . . . .	25,882 „

Dazu treten noch rund 6 Pfg. pro Ringel Generalkosten.

Die Gesamteinnahme pro 100 Ringel stellt sich  
auf 44,27 Mk. am Hasestollen,  
„ 37,02 „ „ Lechtingerstollen.

Bei dem grösseren Umfange, den der Absatz des Piesberger Bergwerks mit der Eröffnung des Bahnverkehrs, die im Jahre 1857 erfolgte, notwendigerweise erhalten musste, war es für die städtischen Behörden Bedürfnis, von sachverständiger Seite ein Urteil darüber zu vernehmen, ob die Einrichtung des Betriebes und der Verwaltung des Bergwerks, wie sie sich, den bisherigen Verhältnissen entsprechend, herausgebildet hatte, auf der Höhe der Zeit stand und was geschehen müsse, um den dauernden Bestand des Bergwerks bei stetig steigender Förderung zu sichern.

Im Jahre 1856 wurden die Grubendirektoren von Velsen und Sporleder um Abgabe ihres Gutachtens ersucht, die sich durch einen umfangreichen Bericht in gründlichster Weise ihres Auftrages entledigten, der viele beherzigenswerte Vorschläge enthielt. Doch schon im Jahre 1862 waren wieder Bedenken darüber rege geworden, ob man wohl die richtigen Wege eingeschlagen habe und neben dem schon im Jahre 1856 zugezogenen Grubendirektor von Velsen wurde der Oberbergrat Herold

um Abgabe seines Gutachtens ersucht, das sich anschloss an ein Promemoria des Bergmeisters Pagenstecher über die wünschenswerte Reservierung der Kohlen über der Hasestollensohle für die Lechtinger Niederlage, auf welcher der Landdebit zu concentrieren wäre. Falls eine solche für zweckmässig und notwendig gehalten werden sollte, so wurde ein Förderschacht in der Vosslinke am Nordabhange des Piesberges in Vorschlag gebracht. Die Versorgung des Eisenbahndebits am Hasestollen würde dann der nicht länger hinauszuschiebenden Tiefbauanlage überlassen gewesen sein.

Mit einer künstlichen Erhaltung der Lechtinger Niederlage in der von Pagenstecher intendirten Weise waren die Sachverständigen nicht einverstanden. Vor Inangriffnahme der Tiefbauarbeiten empfahlen sie Regulierung der Berechtigung und Untersuchung der tieferen Flötze durch ein Bohrloch, welche beiden Vorschläge auch zur Ausführung kamen.

Für die Ausdehnung des Kohlenabsatzes nach Eröffnung des Eisenbahndebits geschah inzwischen von der Bergverwaltung das möglichste, so insonderheit durch Engagement von Agenten, Aussendung eines Lehrheizers, durch die leider erfolglosen Bemühungen, die Kohlen für Hohofenzwecke auf Georgsmarienhütte und für die Lokomotivheizungen der Bahn zu verwenden. In letzterer Beziehung verdient vorzugsweise der Obermaschinenmeister der Hannoverschen Bahn, Prüsmann in Lingen, erwähnt zu werden, der sich grosse Verdienste um Einführung der Piesberger Anthracitkohlen für Lokomotivheizungen und auch für industrielle Anlagen erworben hat. Leider brachten seine Nachfolger dem Piesberger Anthracit nicht das gleiche Interesse entgegen.

Auch die Briquetting der Feinkohlen mit Teer wurde in dieser Zeit versucht, die zwar technisch gelang, aber infolge mangelnden Absatzes der Produkte aufgegeben werden musste.

Zu erwähnen dürfte noch sein, dass bei der grösseren Bedeutung, welche die umfangreichere Verwaltung eines mit Risiko verbundenen Bergwerksbetriebes für die

Finanzlage der Stadt bekam, auch die Königliche Landdrostei als Aufsichtsbehörde im Jahre 1855 einen Einblick in die finanzielle und technische Lage des Bergwerksbetriebes zu gewinnen suchte, während bis dahin die Verwaltung des Bergwerks ohne irgend welche staatliche Aufsicht oder Beeinflussung von den städtischen Behörden, beziehungsweise der Bergwerks-Kommission, geführt war.

Mit dem Übergang Osnabrücks an Preussen im Jahre 1866 wurde das Bergwerk in technisch-polizeilicher Beziehung dem Oberbergamte Dortmund unterstellt. Der Bergmeister Pagenstecher wurde nach Einführung des preussischen Berggesetzes in die Provinz Hannover zum Repräsentanten im Sinne des Gesetzes und der Obersteiger Schäfer zum verantwortlichen Betriebsführer bestellt. Ebenso wurden die Knappschaftseinrichtungen den gesetzlichen Bestimmungen angepasst.

#### Vom Beginn der Tiefbauarbeiten bis heute.

Die Lösung der Flötze des Piesberger Bergwerks unter der Stollensohle mit maschineller Wasserhaltung und Förderung verursachte voraussichtlich viel bedeutendere Schwierigkeiten, als die bisherige durch Stollen, welche von elementaren Zufälligkeiten weniger abhängig war. Es ist daher erklärlich, dass man seitens der städtischen Behörden mit einem gewissen Zagen der Zukunft entgegensah, wo die ganze Finanz-Verwaltung der Stadt so innig mit dem seit vielen Jahrzehnten aus dem Piesberge bezogenen Erträgen verknüpft war. Während man einerseits die doch einmal herantretende Notwendigkeit immer im Auge behielt, suchte man andererseits den Zeitpunkt des Beginnes der Tiefbauarbeiten möglichst hinauszuschieben. Der vom Bergmeister Pagenstecher auf das gründlichste vorbereitete Tiefbauplan wurde einer Kommission von Sachverständigen, zu denen neben dem schon öfters zugezogenen Direktor von Velsen der Geheime Bergrat Küper von Dortmund gehörte, vorgelegt und unter Zuziehung Pagenstechers beraten.

Er bildete die Grundlage für die weiteren Arbeiten, die freilich bei der Ausführung infolge nicht vorherzusehender Schwierigkeiten häufig verlassen werden musste.

Dem Rate der zugezogenen Sachverständigen entsprechend, wurde dem Bergmeister Pagenstecher in der Person des Bergassessors Meydam im Jahre 1868 als zweiter Bergmeister eine technische Hülfe zur Seite gestellt, um speziell die Tiefbauarbeiten zu leiten.

Bezüglich der Finanzierung der mit bedeutenden Kosten verknüpften Anlagen glaubte man keinen besondern Schwierigkeiten zu begegnen, da die Tilgung der bei Anlage der Zweigbahn und des Hasestollens kontrahierten Schulden ohne zu starke Belastung des Bergwerks sich vollzog und ausserdem immer noch ein Betrag für den Tiefbaufonds übrig blieb. Man hoffte bei der Inangriffnahme des Tiefbaues die Kosten aus dem laufenden Betriebe zu decken, ohne dabei die Abführung von 20 000 Thlrn. an die Kämmereikasse sistieren zu müssen; und wenn wirklich eine Anleihe zur Deckung der keinen Aufschub leidenden Anlagen gemacht werden müsste, so lag derzeit die Aussicht vor, dass sie aus den Mehrerträgen des Berges bald wieder gedeckt werden konnte.

Im Jahre 1868 wurden die Tiefbauarbeiten begonnen mit der Abteufung des Schachtes Nr. 4 von der Hasestollensohle aus, den man als Gegenortsschacht für den Querschlagsbetrieb zwischen dem Haupttiefbauschachte an der Hase und dem Nordflügel benutzen wollte. Sehr starke Wasserzugänge machten diesem Abteufen bald ein Ende. Darauf wurde der Haupttiefbauschacht am Südabhänge des Piesberges neben dem Fürstenauer Wege am sogenannten Horenhügel abgeteuft.

Dass man ihn nicht in möglichster Nähe der Zweigbahn abteufte, hatte seinen Grund in den dort vorhandenen mächtigen Lagern von Schwimmsand, bei dessen Durchteufung man auf nicht zu überwindende Schwierigkeiten zu stossen glaubte.

Nach Ausmauerung des Schachtes oberhalb der Hase-

stollensohle und nach Beschaffung einiger Dampfkessel und einer einzylindrigen liegenden Dampfmaschine mit Schwungrad von pptr. 80 Pferdekraft, welche durch Kunstkreuz und Feldgestänge eine alte angekaufte 15zöllige Abteufpumpe betreiben sollte, sowie nach Aufstellung einer kleinen Zwillingsfördermaschine für die Bergförderung konnte erst zu Anfang des Jahres 1872 das weitere Abteufen des Tiefbauschachtes wieder in Angriff genommen werden.

Inzwischen war nach dem siegreichen Kriege gegen Frankreich, der den Milliardenregen über Deutschland ausschüttete, die unter dem Namen Gründer- und Schwindelzeit so übel berüchtigte Periode in unserem wirtschaftlichen Leben hereingebrochen, welche für so manches bis dahin gut situierte gewerbliche Unternehmen von verderblicher Wirkung sein sollte. Wenn der Piesberg auch nicht mitgegründet worden ist, so hat er doch direkt und indirekt an den Folgen zu leiden, deren Ursachen in jener Zeit wurzeln.

Bei den jedes controlierbare Mass überschreitenden Anforderungen, welche an die Leistungsfähigkeit der Steinkohlengruben gestellt wurden und bei der infolge dessen kolossalen Steigerung der Preise der Kohlen, musste man zu dem Glauben verleitet werden, dass auf wirtschaftlichem Gebiete und speziell auf dem Gebiete der Steinkohlengewinnung das goldene Zeitalter angebrochen sei.

Wer mag da den Behörden der Stadt Osnabrück beziehungsweise den in diesen für das Bergwerk ausschlaggebenden Persönlichkeiten einen Vorwurf daraus machen, dass sie nach den zu Tage tretenden Erscheinungen die gedeihliche Entwicklung des städtischen Bergwerks am Berge für sicher verbürgt hielten, auf die schleunigste Fertigstellung des Tiefbaues zu leistungsfähiger Förderung drängten und bezüglich der Finanzierung des Unternehmens sich irgend welcher Besorgnisse für die Zukunft nicht hingaben.

Zu Anfang des Jahres 1872 schied der Bergassessor

Meydam aus seiner Stelle aus, um einem Rufe als Direktor des Eschweiler Bergwerksvereins zu folgen.

Der Bergassessor Temme, bis dahin während 6 Jahren Dirigent der Königlichen Steinkohlengrube Friedrichsthal-Quierschied im Saarbrücker Kohlenbecken, trat bei dem Ausscheiden Meydams an die Spitze der Piesberger Bergverwaltung unter Bedingungen, welche ihm eine innerhalb gewisser Grenzen selbständige Stellung sicherten und ihn berechtigten, als Repräsentant das Bergwerk nach aussen zu vertreten.

Ihm wurde die äusserste Beschleunigung der Tiefbauarbeiten zur Pflicht gemacht.

Der Bergmeister Pagenstecher wurde von der direkten Mitwirkung bei der Betriebsleitung entbunden, ihm aber in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung des Piesberger Bergwerks unter Belassung seines vollen Gehalts Sitz und Stimme in der Bergwerks-Kommission belassen, in der er bis zu seiner definitiven Pensionierung am 1. Juli 1879 (nachdem er fast 50 Jahre am Piesberge thätig gewesen war) mit seiner reichen Erfahrung und seiner hervorragenden Personal- und Lokalkenntnis vielfach das Interesse des Bergwerks gefördert hat.

Das Jahr 1872 verlief unter den hoffnungsvollsten Aussichten für die Entwicklung des Piesberger Bergwerks, bei der aufs äusserste angespannten Förderung, die zu hohen Preisen abgesetzt werden konnte und bei flottestem Betriebe der Vorrichtungsarbeiten für den Tiefbau, die durch den Betrieb von einfallenden Strecken auf den verschiedenen Flötzen nach Möglichkeit beschleunigt wurden.

Die Verwaltung des Piesberger Bergwerks wurde, den wiederholt von den zugezogenen Sachverständigen gemachten Vorschlägen entsprechend, durch Errichtung einer Direktion, die ihren Sitz am Berge haben sollte, mit grösserer Selbständigkeit ausgestattet und einheitlicher gestaltet. Das Beamtenpersonal wurde durch die Anstellung des Maschinenwerkmeisters Mussweiler, des Fahrsteigers Naumann und des Markscheiders Mühlhan ver-

mehrt. Im Jahre 1874 wurde der Sitz der Direktion nach Osnabrück verlegt, als Dienstwohnung für den Direktor und zu den Bureaux ein der Stadt gehöriges Haus am Breitengang zur Disposition gestellt. Im Jahre 1879 wurden die Bureaux in leer stehende Räume des alten Rathauses verlegt und das Haus an den Direktor vermietet. Im Jahre 1884 bei Anstellung eines kaufmännischen Mitgliedes der Direktion wurden die Bureaux wieder an den Berg verlegt, während der Bergwerks-Direktor seinen Wohnsitz in Osnabrück beibehielt.

Mit grossen Hoffnungen sah man der weiteren Entwicklung des Bergwerks entgegen und setzte ein solches Vertrauen in den Fortbestand der günstigen Verhältnisse, dass man mit dem Jahre 1873 den aus den Erträgen des Piesberges an die Kämmereikasse abzuführenden Betrag von 20 000 Thlrn. auf 35 000 Thlr. erhöhte, was ohne Gefahr zulässig erachtet wurde, da bei den desfallsigen Voranschlägen für die Zukunft nur die seitherige Steigerung des Absatzes und die Durchschnittspreise der normalen Jahre, keineswegs die abnormen damaligen Preise zugrunde gelegt wurden. Durch die in Bau begriffenen oder demnächst zur Ausführung kommenden Bahnen Hamburg-Venlo, Löhne-Vienenburg, Osnabrück-Oldenburg schien eine stärkere Steigerung des Absatzes gesichert und auch auf den Fortbestand besserer Preise, als der bisherigen normalen Jahre, glaubte man rechnen zu dürfen.

Um für eine unter den damaligen herrschenden Anschauungen als ganz zweifellos betrachtete wesentlich stärkere Förderung die notwendigen Arbeiter heranziehen zu können, wurde der Bau von 40 Doppelwohnungen in den Kolonien beschlossen und ausserdem noch Schlafhäuser eingerichtet, um bei vorübergehend stärkerem Arbeiterbedarf Leute aus grösserer Ferne heranziehen zu können.

Sodann wurde die Anlage des Stüveschachtes am Nordabhange des Piesberges beschlossen und zu Anfang des Jahres 1873 begonnen zu dem doppelten Zwecke,

die besseren Kohlen des Nordflügels schneller gewinnen zu können, um mit diesen sich das Absatzfeld für eine grössere Förderung zu erobern und um zur Sicherung des Bergwerks bei den sich immer schwieriger gestaltenden Wasserverhältnissen dort eine Reserve-Wasserhaltungsmaschine aufstellen zu können, für die es am Haseschachte bei den dortigen Lokalverhältnissen an Platz fehlte.

Doch die in den Jahren 1872 und 1873 als durchaus berechtigt erscheinenden Hoffnungen sollten bitter getäuscht werden.

Schon im Herbst 1873 machten sich die ersten Anzeichen bemerklich, dass die Periode beispiellosen Aufschwungs auf industriellem Gebiete sich ihrem Ende nahte und in den Jahren 1874 und 1875 kam nach der Schwindel- und Gründerperiode der Krach in ungeahnter Weise zum Ausbruch. Mit diesem Zeitpunkte beginnt für den Piesberg und für die Stadt Osnabrück eine Leidensperiode, die noch nicht überwunden ist. Angesichts des in den Jahren 1872 und 1873 thatsächlich vorhandenen und für dauernd angesehenen wirtschaftlichen Aufschwungs waren die Bedürfnisse der Stadtverwaltung wesentlich gestiegen und glaubte man die Erträgnisse des Berges noch mehr für die Kämmereikasse heranziehen zu können. Die vom Jahre 1874 ab gewünschte Abführung von 50 000 Thln. an die Kämmereikasse wurde zwar nach Hinweis auf die Anzeichen des drohenden Rückgangs der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht beschlossen, doch wurde auch eine Reduzierung der einmal zur Kämmereikasse fliessenden 35 000 Thlr. nicht gut geheissen. Daneben erforderten die forciert unter den durch immer stärker werdende Wasserzugänge schwieriger werdenden Verhältnissen betriebenen Tiefbauarbeiten fort und fort bedeutende Mittel. Der angesammelte Tiefbaufonds war bereits aufgezehrt und die Kosten der Anlagen und Arbeiterhäuserbauten mussten durch Anleihen gedeckt werden, deren Zinsen vom Jahre 1872 ab von 4 auf  $4\frac{1}{2}$  % erhöht waren. Zwar wurde durch die von dem



Tiefbau abgetrennte Rechnung für den Stollenbetrieb immer noch ein grösserer Überschuss nachgewiesen, als an die Kämmereikasse abgeführt wurde, so dass es dadurch so erschien, als ob nur durch die geringeren, zum Tiefbaufonds abgeführten Beträge die Tiefbauschuld in geringerem Masse getilgt würde, als es sonst der Fall gewesen sein würde, doch bald betrugen die Zinsen mehr, als die abgeführten Beträge und der Tiefbauschuld wuchsen ausser den verwandten Beträgen noch Zinsen und Zinseszinsen zu.

Mit Beginn dieser für die Stadt und das Bergwerk so verhängnisvollen Zeit verliess der langjährige Vorsitzende der Bergwerks-Kommission, Syndikus Dr. André, Osnabrück, um einem Rufe der Stadt Chemnitz in Sachsen als Oberbürgermeister zu folgen und konnte ferner nicht mehr dafür thätig sein, die Finanzierung der am Piesberge gemachten Anlagen in die durch den Stüveschen Finanzplan vorgezeichneten Bahnen zurückzuleiten, die man, der Strömung der Zeit nachgebend, geglaubt hatte, ohne Gefährdung der Finanzlage der Stadt verlassen zu können.

Seitdem ist es die unausgesetzte Sorge der städtischen Behörden gewesen, die durch die unrichtige Finanzierung der am Piesberger Berge gemachten schwerköstigen Anlagen gefährdete Sicherheit der städtischen Finanzen wieder herzustellen. Unter Oberbürgermeister Miquel wurde im Jahre 1880 die Aufnahme einer unkündbaren Anleihe von 2 000 000 Mark bei der Landeskreditanstalt in Hannover beschlossen, welche im Jahre mit  $4\frac{1}{4}$  % verzinst und mit  $\frac{1}{2}$  % amortisiert wird, so dass sie nach Ablauf von 54 Jahren getilgt sein wird.

Der Betrag der Anleihe wurde der Sparkasse zurückgezahlt, von der bis dahin die Gelder entliehen waren.

Sodann wurde im Jahre 1883 unter Oberbürgermeister Brüning die Übernahme der Zinsen und der Tilgung von 1 200 000 Mark fernerer Bergwerksschuld bei der Sparkasse auf die Kämmereikasse beschlossen, so dass dem Bergwerke neben der Verzinsung und Til-

gung der unkündbaren Schuld bei der Landeskreditanstalt im Betrage von 2 000 000 Mark, der Eisenbahnschuld im Betrage von 293 000 Mark und einiger unwesentlicher Restbeträge der einzelnen Schuldposten nur noch die Verzinsung der schwebenden Schuld (Betriebskapital) im Betrage von ungefähr 400 000 Mark verbleibt.

Neu-Anlagen und Meliorationen von geringerem Umfange werden aus dem Betriebe gedeckt, für grössere Neu-Anlagen, z. B. die Kohlenwäsche und die Reservewasserhaltungsmaschine, sind Anleihen gemacht, für die ein bestimmter Tilgungsplan vorgeschrieben ist. Alle etwa sich ergebenden Mehrerträge aus dem Bergwerke werden in Zukunft zur ausserordentlichen Schuldentilgung verwandt, während Mindererträge der Bergwerkskasse aus dem allgemeinen Hilfsfonds der Kammereikasse erstattet werden. Damit kann die Rückkehr zu dem im Jahre 1855 vom Bürgermeister Stüve aufgestellten Finanzplan als durchgeführt betrachtet werden.

Wenden wir uns nun zu der Lage des technischen und geschäftlichen Betriebes des Bergwerks, so hatten beide mit den allergrössten Schwierigkeiten in dieser Periode zu kämpfen.

Die Wasserzugänge im Hase-Tiefbauschachte wurden von Monat zu Monat stärker und machten zu verschiedenen Zeiten kostspielige, vorübergehende Abdämmungen notwendig, die nach Beschaffung starker Maschinenkräfte und Kesselanlagen wieder beseitigt werden konnten.

Im Stüveschachte, der unter den günstigsten Verhältnissen ohne wesentliche Wasserzugänge in verhältnismässig kurzer Zeit bis zur ersten Tiefbausohle niedergebracht war und in dem mit der Förderung der vorzüglichen Kohle dieses Feldes begonnen werden sollte, brachen am 26. Januar 1876 im Sumpfe des Schachtes bedeutende Wassermassen plötzlich durch, und brachten den Betrieb zum Erliegen, da bei den sich ungünstig gestaltenden Absatzverhältnissen besondere Kosten für Maschinenanlagen zur Wasserhaltung auf dem Stüveschachte nicht aufgewendet werden sollten, und blieb seit dem Be-

ginn des Jahres 1876. der Betrieb auf den Haseschacht beschränkt. Der Beschaffung einer dringend notwendigen ausreichenden Reserve für die Wasserhaltungsmaschine des Haseschachtes ist man erst im Jahre 1884 näher getreten, nachdem im August 1882 durch den Bruch eines Ventilkastens der grossen Pumpe die Gefahr des Er-saufens der Tiefbau-Anlage des Haseschachtes sehr nahe herantrat.

Die unterhalb der Fördersohle in der Nähe des Haseschachtes jetzt in Aufstellung begriffene unterirdische Wasserhaltungsmaschine ist für eine Maximalwasserhebung von 15 000 Liter pro Minute eingerichtet und wird demnächst als Hauptmaschine den regelmässigen Betrieb übernehmen, während die über Tage stehende Balancier-Maschine, die für eine Maximalleistung von 10 bis 11 Kubikmeter pro Minute konstruiert ist, nach der Inbetriebsetzung der unterirdischen Maschine als Reserve dienen wird. Nach der Inbetriebsetzung der unterirdischen Maschine und nach Beseitigung der Dämme muss an die Sumpfung des Stüveschachtes mit den dort vorhandenen Maschinenanlagen herangetreten werden, die wegen der notwendigen Beschleunigung der Aus- und Vorrichtungsarbeiten nicht länger hinausgeschoben werden darf.

Seit Beginn der Tiefbauarbeiten haben die Gewinnung und Förderung der Kohlen auf den verschiedenen Flötzen keine besondere Schwierigkeiten bereitet. Das unausgesetzte Streben der Betriebsleitung, die Arbeiterleistung zu erhöhen und die Selbstkosten zu ermässigen, hat den Erfolg gehabt, dass trotz der Erhöhung der Durchschnittslöhne von 2 Mk. im Jahre 1867/68 auf 2,50 Mk. im Jahre 1883/84 für die 8stündige Hauerschicht und von 1,50 Mk. auf 2 Mk. für die 12stündige Tagesschicht sich die Selbstkosten von

26,50 Pfg. pr. Ctr. im Jahre 1867/68 (33,123 Pfg. pro Ringel =  $1\frac{1}{4}$  Ctr.)

auf 23,50 „ „ „ „ „ 1883/84, also um

3,00 Pf. pro Ctr. ermässigt haben.

Die Selbstkosten des früheren Stollenbetriebes be-

standen aus Beamtengehältern, Bureau- und Reisekosten, fixierten Grubenbeamtenlöhnen, Gewinnungs-, Förderungs-, Grubenausbau- und Erhaltungskosten, Material- und Gerätekosten, Debitskosten, Reparaturen der Betriebsgebäude und den Beiträgen für die Knappschaftskasse und zu sonstigen Zwecken im Interesse der Arbeiter. Diesen Kosten sind die entsprechenden der jetzigen Rechnung gegenübergestellt.

Von den jetzigen rechnungsmässigen Kosten sind also in Abzug gebracht:

1. die Zinsen der Tiefbauschuld;
2. die Löhne der Maschinenwärter und Schürer;
3. die Gewinnungskosten der Kesselbrandkohlen;
4. die Reparaturkosten der Maschinen und Kessel;
5. die Mehrleistungen im Interesse der Arbeiter.

Im laufenden Rechnungsjahre wird sich das Verhältnis noch günstiger stellen.

Die mittlere Leistung eines Arbeiters  
im Jahre 1883/84 von 17 Ctr.,  
„ „ 1884/85 „ 18 „

pro 8stündige Schicht bei Berücksichtigung aller in der Grube beschäftigten Arbeiter ist für die geringe Mächtigkeit der Piesberger Flötze eine sehr zufriedenstellende.

Wenn die Verhältnisse des Piesberger Bergwerks nach dieser Richtung (und sie dürften wohl für die Beurteilung der Lebensfähigkeit des Bergbaues als die ausschlaggebenden zu betrachten sein) als durchaus gesunde bezeichnet werden müssen, so sind doch gegenwärtig unter dem Drucke der allgemeinen Lage des Steinkohlenbergbaues und unter dem lokalen Einflusse der sehr unregelmässigen Förderung, die den Anforderungen des Absatzes entsprechend, in den Wintermonaten auf das äusserste gesteigert und in den Sommermonaten auf ein Minimum reduziert werden muss, die finanziellen Resultate des Bergbaubetriebes nicht derart, wie sie sein könnten und sein müssten. Die Überproduktion der westfälischen Steinkohlengruben, beginnend mit der Schwindelperiode 1872 bis 1874, lastet wie ein Alp auf

dem gesamten Steinkohlenbergbau und nach vergeblichen Anstrengungen, das Übel durch freie Vereinigung der Zechen zu bannen, scheint es, als ob es in Permanenz erklärt werden sollte. Der an sich richtige Satz: „Die Vermehrung der Förderung ermässigt die Selbstkosten“ kam zur allgemeinsten Anwendung. Da aber die Förderung auch zu angemessenen Preisen verkauft werden muss, wenn Erträge erzielt werden sollen, so führte die sinnloseste Konkurrenz zu Schleuderpreisen, welche den erwarteten Gewinn aus der Ermässigung der Generalkosten illusorisch macht. In Folge dieser Verhältnisse, die durch Tarifbegünstigungen der westfälischen Gruben seitens der Bahnen und durch die Konkurrenz der westfälischen Kohlen auf den im seitherigen Absatzgebiet des Piesberges neu gebauten Bahnen noch verschärft wurden, konnte das Piesberger Bergwerk die Steigerung seines Absatzes nicht in der früheren Progression (etwa 10 % pro Jahr) ermöglichen und die Preise gingen von Jahr zu Jahr herunter.

Während im Jahre 1867/68 der Absatz

betrug . . . . . 1 251 516 Ctr.,

betrug derselbe 1883/84 . . . . . 1 650 677 „

oder in dem Zeitraum von 16 Jahren

nur 32 %,

oder pro Jahr . . . . . 2 % mehr.

Der durchschnittliche Erlös pro Centner Kohle, im Jahre 1867/68 noch über 40 Pfg., war im Jahre 1883/84 nur 30 Pfg.

Daneben wurden die Ansprüche der Konsumenten an die Qualität der Kohlen immer mehr gesteigert und Kohlenseparationen verbunden mit Kohlenwäschen waren bald für jedes, nicht mit Kohlen erster Güte gesegnete Steinkohlenwerk eine nicht zu umgehende, gebieterische Notwendigkeit, wenn die Produkte des Werkes nicht ganz vom Markte verdrängt werden sollten.

Auch das Piesberger Bergwerk musste sich dieser Notwendigkeit fügen und durch die vor dem Hasestollen in dem Jahre 1880 vom Ingenieur Lührig in Dresden

gebaute Kohlenwäsche ist es in den Stand gesetzt, seinen für Hausbrandzwecke und für rauchfreie Verbrennungen vorzüglich geeigneten Anthracit-Nusskohlen von Jahr zu Jahr in immer weiteren Kreisen Beachtung und Anerkennung zu verschaffen.

Die Lechtinger Niederlage hat zwar durch den Eisenbahnabsatz und durch die Anlage der Kohlenwäsche am Hasestollen an Bedeutung verloren, wird aber im Interesse des Landabsatzes der nächsten Umgebung noch erhalten. Die früher vom Bergmeister Pagenstecher verfolgte Idee, den gesamten Landdebit dort zu konzentrieren und vom Haseschachte aus den gesamten Eisenbahndebit zu befriedigen, hat ihre grosse Berechtigung, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass man noch einmal auf dieselbe zurückkommt.

Auch in den letzten Jahren haben verschiedene Fachleute Gelegenheit gehabt, sich über die allgemeine Lage und die Betriebsverhältnisse des Piesberger Bergwerks zu äussern, so im Jahre 1882 der Grubendirektor Hilbk aus Dortmund im Auftrage eines Konsortiums, das mit dem Magistrate wegen Ankauf des Piesberger Bergwerks in Unterhandlung getreten war, sodann im Jahre 1883 die Direktoren Frielinghaus und Pieper aus Bochum, denen vom Magistrate eine Reihe von Fragen zur gutachtlichen Äusserung vorgelegt war. Eine ausführliche Wiedergabe der Gutachten verbietet sich mit Rücksicht auf verschiedene noch schwebende Fragen, doch darf aus denselben das hervorgehoben werden, dass nach Ansicht der Sachverständigen die Lage des Piesberges trotz der anerkanntermassen vorliegenden grossen Schwierigkeiten anderen Bergwerken gegenüber noch als eine durchaus günstige angesehen werden müsse.

Eine unmittelbare Folge des Gutachtens der letzten Herren war das im Sommer 1884 erfolgte Engagement des früheren kaufmännischen Direktors der Zeche „Schlägel und Eisen“ bei Recklinghausen, Kaiser, zum kaufmännischen Mitgliede der Direktion des Piesberger Bergwerks und hofft man dadurch den, auf dem Gebiete des Kohlenhandels, der in den letzten Jahren nicht immer in soliden Bahnen sich

bewegt hat, vorliegenden grossen Schwierigkeiten Herr zu werden. Bahnverwalter Wilkening, seit dem Jahre 1856 mit dem Vertrieb der Kohlen betraut, trat mit dem Beginn des Jahres 1885 in den Ruhestand.

Mit geschäftlicher Routine allein wird jedoch dem Absatz des Piesberges keine sichere und dauernde Grundlage geschaffen. Diese kann nur gefunden werden in der regelmässigen industriellen Verwertung der bei der Wäsche fallenden Feinkohlen, die an 20 % der gesamten Förderung ausmachen. Die Möglichkeit der rentablen Verwertung dieser Feinkohlen im Gemisch mit backender Feinkohle zu Zwecken der Vergasung im Greve-Lürmannschen Generator und zur Coaksbereitung im Lürmannschen und auch anderen Coaksöfen ist erwiesen. Die Benutzung dieser Kohlen für die Wassergasbereitung ist nur eine Frage der Zeit.

Die Verwendung der Schlämme von der Kohlenwäsche zur Fabrikation von Briquetts ist von Privat-Unternehmern auf Veranlassung und unter Mitbeteiligung des in den Ruhestand getretenen Bahnverwalters Wilkening in die Hand genommen und wird voraussichtlich zu günstigen Resultaten führen, wenn auch die anfänglichen Schwierigkeiten der Fabrikation nicht unterschätzt werden dürfen.

So schwierig die Verhältnisse des Piesberger Bergbaues auch gegenwärtig liegen, so ist doch die hin und wieder auftretende Hoffnungslosigkeit nicht berechtigt.

Die Grundlage des Bergbaues ist gesund und infolgedessen wird er auch die gegenwärtige Krisis überstehen und noch nach vielen Jahren, später voraussichtlich als der Ausgangspunkt einer in Osnabrücks Umgebung sich entwickelnden, blühenden Industrie, zum Segen der Stadt Osnabrück und der durch ihn beschäftigten Arbeiter mit stets wachsendem Erfolge ausgebeutet werden.